

Afrika – eine strategisch hochwichtige Frage?

Steigende Flüchtlingszahlen aus Subsahara-Afrika, Armut, Perspektivlosigkeit, Terror und eine rapide steigende Einwohnerzahl zwingen Europa zum Handeln. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet den Umgang mit Afrika als „strategisch hochwichtige Frage“ – und reiste selbst in die Region. Ein verstärktes Engagement wäre, auch aus sicherheitspolitischer Sicht, der richtige Schritt.

Zur aktuellen Lage

„Das zentrale Problem ist die Migration aus Afrika mit 1,2 Milliarden Menschen“ sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Wirtschaftstag der CDU Ende Juni 2016 in Berlin. Sie sprach damit eine Entwicklung an, die sich angesichts des zu erwartenden Bevölkerungswachstums in Subsahara-Afrika künftig eher verschlimmern als verbessern wird. Nach Untersuchungen der Vereinten Nationen wird sich die Zahl der in Afrika lebenden Menschen bis zum Jahr 2050 auf über zwei Milliarden belaufen, mithin eine Verdoppelung der Bevölkerung im Vergleich zu 2015, als der entsprechende Bericht erstmals vorgestellt wurde. Die zehn Staaten mit den höchsten Geburtenraten befinden sich danach allesamt in Subsahara-Afrika. In diesen Ländern bekommt eine Frau im Schnitt fast überall sechs Kinder. Zum Vergleich: In Europa liegt das Verhältnis bei 1,6 Kindern pro Frau.¹ Der westafrikanische Binnenstaat Niger bildet mit einem prognostizierten Bevölkerungswachstum von 263 Prozent im Zeitraum von 2015 bis 2050 die Spitze. Gleichzeitig belegt das Land den letzten Platz von 188 im Human Development Report von UNDP untersuchten Staaten.²

Sollten sich die Schätzungen der Vereinten Nationen bewahrheiten, hätten allein Niger und das westliche Nachbarland Mali, um dessen Entwicklungsperspektive es nicht deutlich besser bestellt ist, rein rechnerisch in dreieinhalb Jahrzehnten eine Gesamtbevölkerung von 108 Millionen Menschen. Zum Vergleich: Afghanistan, Syrien und Irak, aus denen heute die meisten Flüchtlinge stammen, kommen derzeit auf etwa 86 Millionen Einwohner. Schon angesichts der ökologischen Voraussetzungen würde eine solche Entwicklung für Westafrika eine handfeste soziale, demographische und ökologische Katastrophe bedeuten, die selbst bei positiven politischen und wirtschaftlichen Vorzeichen nicht aufgefangen werden könnte.

Die Bundeskanzlerin weist also zu Recht darauf hin, dass die Größenordnung der Probleme in Irak und Syrien mit der sich anbahnenden Situation in Subsahara-Afrika im Hinblick auf zu erwartende Migration überhaupt nicht vergleichbar seien. Sollte es nämlich in absehbarer Zeit gelingen, den Krieg in Syrien zu beenden, gäbe es durchaus Grund zur Annahme, die politisch-ökonomische Gesamtsituation der Region signifikant verbessern zu können. Die strategische Herausforderung in Subsahara-Afrika hingegen hat eine ganz andere Dimension, denn hier bilden fehlende inklusive wirtschaftliche Entwicklung, die teilweise völlige Ab-

¹ <http://www.prb.org/Publications/DataSheets/2016/2016-world-population-data-sheet.aspx>

² <http://report.hdr.undp.org/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Regionalprogramm

Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

wesenheit staatlicher Durchsetzungsfähigkeit und die Bevölkerungsexplosion eine nachhaltig explosive Mischung.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum derzeit ein verstärktes Interesse deutscher Politiker an Afrika wahrzunehmen ist. Vor Angela Merkel, die jetzt als erste deutsche Regierungschefin Niger besuchte, war bereits im Mai 2016 Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Land, um Möglichkeiten auszuloten, gegen die Migrationsbewegungen aus Afrika an ihrer Wurzel vorzugehen.

Keine neue Diskussion

Der in den Medien gelegentlich als „plötzliches Interesse an Afrika“ (Die ZEIT)³ „Verzweiflungstat“ (CICERO)⁴ oder „Afrika-Wochen im Kanzleramt“ (BILD)⁵ bezeichnete intensivere Blick auf den Nachbarkontinent ist indes so neu nicht: Schon vor zwei Jahren gab es eine intensive Diskussion, seinerzeit über mögliche neue Auslandseinsätze der Bundeswehr auf dem afrikanischen Kontinent, angestoßen von Verteidigungsministerin von der Leyen. In einem Interview hatte sie sich für eine stärkere militärische Präsenz Deutschlands ausgesprochen und diese vor allem mit altruistischen Motiven begründet: "Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, schon allein aus humanitären Gründen. [...] In Zentralafrika entfaltet sich ein blutiger Krieg zwischen Christen und Muslimen. Wir können nicht zulassen, dass der Konflikt die ganze Region in Flammen setzt."⁶ Damals ging es freilich weniger um eine zu erwartende Migration der Massen, sondern um die Krise in Mali und der Zentralafrikanischen Republik sowie um die terroristischen Aktivitäten der „Boko Haram“, deren Gewalttaten durch die Entführung von zweihundert nigerianischen Mädchen internationale Publizität erreicht hatten.

Fast zeitgleich sprachen sich aber auch Bundespräsident Gauck und Außenminister Steinmeier während der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 energisch für die Übernahme von mehr militärischer Verantwortung in afrikanischen Krisengebieten aus. Diese Anstöße entstanden vor allem aus der Erkenntnis, dass sich Deutschland jahrzehntelang im komfortablen Windschatten der Vereinigten Staaten bewegte, wenn es darum ging, bewaffnete Konflikte notfalls auch mit militärischen Mitteln zu beenden. Zahlen ja, mitkämpfen nein – „Scheckbuchdiplomatie“ hieß das in Zeiten des ersten Golfkrieges und brachte Deutschland den Vorwurf ein, eigene Opfer auf dem Rücken der Amerikaner, der Briten und – im Falle Westafrikas – der Franzosen zu vermeiden. Die Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan waren nicht zuletzt der veränderten Rolle (und den damit einhergehenden gestiegenen Erwartungen der Verbündeten) geschuldet, die die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung Deutschlands einnahm, vor allem aber dem Gedanken, dass ein geeintes und gestärktes Europa selbst einen substantiellen Beitrag für die Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen in der Welt zu leisten im Stande sein sollte. In diesem Zusammenhang wurde in regelmäßigen Abständen auch in Deutschland – vor allem von der überschaubaren Zahl der Afrika-Fachpolitiker – die Forderung laut, sich auf dem Nachbarkontinent Afrika auch auf dem Feld der Sicherheitspolitik stärker zu engagieren.

³ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2016/10/2016-10-06-merkel-zeit.html>

⁴ <http://www.cicero.de/weltbuehne/kooperation-mit-niger-eine-verzweiflungstat-der-bundeskanzlerin>

⁵ <http://www.bild.de/politik/inland/angela-merkel/merkels-heisseste-reise-48189574.bild.html>

⁶ Militärpolitik: Von der Leyen will Bundeswehr verstärkt im Ausland einsetzen, Spiegel online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/von-der-leyen-fuer-staerkeres-engagement-der-bundeswehr-im-ausland-a-945568.html> [25.05.2015]

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Regionalprogramm
Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

Für lange Zeit blieb dies jedoch Theorie. Zwar leistet Deutschland seit Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag zur zivilen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – so liegen von den 64 Partnerländern der deutschen EZ allein 24 in Subsahara-Afrika mit über 2000 im staatlichen Auftrag tätigen deutschen Experten vor Ort.⁷ Jedoch hielt sich die Bundesrepublik, von kleineren und mittleren Beteiligungen an internationalen Einsätzen (wie etwa bei EUFOR RD Kongo 2006) weitgehend zurück, was eine militärische Unterstützung betraf. Neben der traditionellen Reserviertheit Deutschlands bei Militäreinsätzen, die historisch begründet ist, trugen im vergangenen Jahrzehnt nicht zuletzt mangelnde Kapazitäten durch die Belastung der Streitkräfte im Afghanistaneinsatz, fehlende Akzeptanz militärischer Auslandseinsätze in der Öffentlichkeit, die drastische Verkleinerung der Bundeswehr und auch die Furcht vor einem Scheitern in weitläufigen Einsatzgebieten mit unübersichtlichen Machtverhältnissen dazu bei, dass es bis dato nicht zu einem umfangreicheren Engagement gekommen ist.

Zunehmende Migration zwingt zum Handeln

Der teilweise Rückzug der Vereinigten Staaten als sicherheitspolitischer Akteur in der Welt, aber vor allem die Migrationskrise des vergangenen Jahres schließlich haben der Diskussion um Deutschlands Rolle und Verantwortung in Afrika eine ganz neue Dimension gegeben. Dabei geht es nicht mehr nur um Hilfe aus humanitären Erwägungen, sondern darum, Deutschlands und Europas ureigene Interessen zu schützen, sprich: davor zu bewahren, einer unkontrollierten Masseneinwanderung perspektivloser Afrikaner ausgeliefert zu sein, die die Aufnahmekapazität ganz Europas weit überfordern würde. In den Worten der Bundeskanzlerin in einem Interview mit der „Zeit“ vom 5. Oktober 2016 heißt das: "Deutschland musste sich dieser Frage früher nie so stellen, Italien dagegen schon, ebenso Spanien. Wir waren die meiste Zeit schlicht zufrieden, dass keine Flüchtlinge kamen." Nun müsse sich Deutschland dem Problem stellen, weil die Menschen "vor unserer Tür" stünden. Merkel weiter: "Ich glaube nicht daran, dass wir dieses Problem durch maximales Ignorieren, durch Distanz und Abschottung wieder verschwinden lassen können. Ich bin Realistin, und das ist eine Realität."⁸

Seither lautet der offizielle politische Ansatz, dass Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden müssen, um die Afrikaner davon abzuhalten, sich auf den oftmals lebensgefährlichen Weg nach Europa zu machen. Dass dies nur funktioniert, wenn den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive in ihrer Heimat geboten werden kann, ist zwar kein Geheimnis - angesichts der aktuellen Situation in den meisten afrikanischen Staaten aber eine enorme Herausforderung, die in ihrer potentiellen Langzeitwirkung auf Deutschland und Europa zu den größten Aufgaben gehören könnte, die Europas Politiker zu bewältigen haben werden. Die Frage ist: wie?

Im Ergebnis von Beratungen zwischen der EU und zahlreichen afrikanischen Staaten in Valletta im November 2015 wurde ein Aktionsplan beschlossen, dessen Ziel es ist, die Armut in Afrika durch neue Jobs zu bekämpfen und mehr Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Die so verbesserte Lebensperspektive soll die Menschen von der Flucht nach Europa abhalten. Außerdem soll Afrikanern der legale Zugang nach Europa etwa durch Austauschprogramme und vereinfachte Visaverfahren erleichtert werden. Die afrikanischen Staaten selbst sollen kriminelle Schleuserbanden bekämpfen, den Grenzschutz verbessern und mehr abgelehnte Asylbewerber als bisher wieder aufnehmen. Derzeit werden bei Abschiebungen nach Anga-

⁷ http://www.planet-wis-sen.de/gesellschaft/wirtschaft/deutsche_entwicklungshilfe/pwiesechsfragenzurdeutschenentwicklungshilfe100.html

⁸ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/angela-merkel-fluechtlinge-balkanroute-schliessung>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Regionalprogramm

Sicherheitspolitischer Dialog

Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

ben von EU-Diplomaten nur rund 20 Prozent der in Europa abgelehnten Asylbewerber von ihren Heimatstaaten wieder aufgenommen. Zur Finanzierung des Aktionsplans will die EU zusätzlich zu den jährlich etwa 20 Milliarden Euro Entwicklungshilfe für Afrika mehr als 1,8 Milliarden Euro in einem Nothilfe-Treuhandfonds zur Verfügung stellen.

Bisher wenig Grund zum Optimismus

Die Wahl von Äthiopien, Mali und Niger als Reiseziele der Bundeskanzlerin war weder zufällig, noch protokollarisch motiviert. Diese Länder gehören zu insgesamt fünf afrikanischen Staaten, mit denen die Europäische Union künftig Migrationsabkommen vereinbaren will. Dabei geht es vorrangig darum, polizeiliche und militärische Kapazitäten zu schaffen, die eine wirksame Kontrolle von Migrationsbewegungen durch das eigene Staatsgebiet ermöglichen sollen bzw. Schlepperbanden das Handwerk legen können. Niger spielt dabei eine Schlüsselrolle; das Land bildet gewissermaßen einen Indikator, was die Ströme von Wirtschaftsflüchtlingen aus Westafrika betrifft. Die Stadt Agadez, im Zentrum Nigers gelegen, dient als Drehkreuz für Schlepperbanden und dies hat in dem ansonsten von Armut geprägten Land damit einen ganz neuen Wirtschaftszweig geschaffen, den die Bundeskanzlerin, gemeinsam mit ihren europäischen Kollegen, durch nun zu vereinbarende Maßnahmen auszutrocknen hofft. Nach aktuellen Angaben des Regionalbüros der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchquerten seit Februar 2016 über 290 000 Menschen Niger in Richtung Libyen und Algerien.

In einem Land, in dem es außer Uran keine nennenswerten Exportgüter gibt, das zu großen Teilen aus landwirtschaftlich nicht nutzbarer Fläche besteht, das keine wirkliche Industrie aufweist und in dem seit dem Erstarken des islamistischen Terrorismus auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus weggebrochen ist, werden Migranten auf der Durchreise zu einer begehrten Verdienstmöglichkeit. In Agadez, früher als Etappenstopp der „Paris-Dakar-Rallye“ und als UNESCO-Weltkulturerbe Ziel von Erlebnistouristen, verdient man heutzutage Geld mit dem Transport von Flüchtlingen aus ganz Westafrika. Diese können – dank Visafreiheit innerhalb der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ganz legal in die Stadt kommen, von wo ein einträgliches Schleppergeschäft den – dann erst illegalen – Weitertransport in Richtung Norden übernimmt. In Libyen oder Algerien angekommen, besteigen die Flüchtenden dann zu Tausenden zweifelhafte Boote in der Hoffnung auf Rettung und Weitertransport nach Europa. Aufgrund der hohen Preise für den Transport in Richtung Mittelmeer ist das Schleppergeschäft mittlerweile zum größten Wirtschaftsfaktor in Agadez (und anderen Städten auf der sogenannten „westlichen Mittelmeerroute“) geworden. Davon profitieren nicht nur Schlepper, sondern ebenso das lokale Kleingewerbe, bestochene Polizisten und sehr wahrscheinlich auch lokale Machthaber.

Libyen, seit dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi im politischen Chaos versunken, kann in dieser Gemengelage derzeit kaum ein Partner für deutsche Fluchtursachenbekämpfung sein. In den Jahrzehnten zuvor haben sämtliche nordafrikanischen Diktaturen als eine Art Bollwerk gegen unerwünschte Masseneinwanderung aus Subsahara-Afrika funktioniert – politisch zwar ungeliebt, aber nützlich, um das Problem lange Zeit auf dem politischen Parkett Europas auszublenden. Damit ist es nun vorbei, was in erster Linie bedeutet, dass die Regierungen von Ländern wie eben Niger oder Mali als Verhandlungspartner erheblich an Attraktivität gewonnen haben, denn bei ihnen handelt es sich – zumindest derzeit – um Staaten mit demokratisch legitimierten Regierungen, deren Bedeutung für Europas Zukunft im Vergleich zu früher erheblich gestiegen ist. Nigers Präsident Mahamadou Issoufou traf bereits während des EU-Afrika-Gipfels 2015 auf Malta mit der Bundeskanzlerin zusammen. Im Juni 2016 wurde er zu Gesprächen in Berlin empfangen. Nun folgte Angela Merkels Besuch in Niger, nur wenige Monate nach der Visite des Bundesaußenministers.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Was ist zu tun?

Regionalprogramm
Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

Thema der Gespräche ist natürlich, inwieweit sich das Leben der Menschen in Subsahara-Afrika mittelfristig so verbessern lässt, dass sie sich nicht auf die lebensgefährliche Reise nach Europa begeben. Hierbei geht es der Bundeskanzlerin vor allem darum, ihr Vorhaben der signifikanten Senkung der Flüchtlingszahlen dauerhaft in die Tat umzusetzen. Dafür jedoch leisten die Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Armee, Grenzschutz und Polizei nur einen begrenzten Anteil. Denn wer von weniger als einem Euro pro Tag überleben muss, von wem erwartet wird, eine ganze Familie zu ernähren, wer darüber hinaus von Verwandten und Bekannten gehört hat, dass es in Deutschland mehrere hundert Euro im Monat soziale Unterstützung gibt, der lässt sich weder von Polizeipatrouillen, noch von Lebensgefahr auf hoher See von seinem Vorhaben abbringen – erst recht nicht, wenn daheim die ganze Familie für seine Flucht gesammelt hat, in der irrigen Annahme, dass von dem auf die Reise Geschickten in naher Zukunft ein finanzieller Segen zu erwarten sei. Vor diesem Hintergrund wird etwa in Westafrika die innerdeutsche Diskussion um Obergrenzen für Flüchtlinge oftmals gründlich missverstanden: Ist es in Deutschland eine juristische Debatte um die Frage, ob das Grundgesetz eine solche zuließe oder nicht, kommt in den Herkunftsländern der Flüchtlinge die Nachricht an, dass jeder in Deutschland willkommen sei, wenn er es denn erst einmal dorthin geschafft hätte. Dieser Tatsache ist sich auch die Bundesregierung bewusst, zumal bekannt ist, dass die örtlichen Medien eher selten über die Komplexität der Debatte berichten.

Es kann also – auch aus sicherheitspolitischer Sicht – nur darum gehen, die Wirtschaft der betreffenden Länder anzukurbeln, um schlussendlich auch eine angemessene Ausstattung und Besoldung der Soldaten und Polizisten zu ermöglichen, die nicht auf ewig durch ausländische Geber gewährleistet werden kann.

Hier tut sich jedoch ein weiteres Problem auf: Die politischen Eliten zu vieler afrikanischer Staaten betreiben seit Jahrzehnten ein „blame game“, das heißt, sie suchen die Ursachen für die Fehlentwicklungen im eigenen Land gern in Europa, verweisen wechselseitig auf die Folgen der Kolonisierung durch europäische Mächte oder auf die vermeintliche Ausbeutung Afrikas durch internationale Firmenkonsortien. Dabei wird gern übersehen, dass es ja die Regierungen selbst sind, die oftmals unvorteilhafte Verträge ausgehandelt haben – nicht selten, um persönlich von den Erlösen zu profitieren. Der mangelnde politische Wille zur Veränderung, zu wirklichen Reformen bleibt so auch der Haupthinderungsgrund jeglicher Bemühungen auch von deutscher Seite, den Menschen auf dem Subkontinent eine angemessene Lebensperspektive zu bieten. Verstärkt sich der Druck auf Europa infolge der steigenden Migration, werden Mittel eingefordert, die Folgen bereits vor Ort zu begrenzen. So kann materielle Unterstützung – etwa zur Ausbildung von Polizei und Armee – die Eigeninitiative mancher Länder lähmen, selbst etwas an den bestehenden Missständen zu ändern. Hinzu kommt, dass die Sicherheitskräfte von den Regierungen teilweise bewusst schwach gehalten werden, um keinerlei Bedrohung etwa im Sinne eines Staatsstreiches darstellen zu können. Nicht zuletzt birgt die unkontrollierte Massenmigration auch die Gefahr, als Erpressungsinstrument gegenüber ausländischen Gebern eingesetzt zu werden, um Gelder einzufordern, die unter normalen Umständen mit Blick auf mangelnde Umsetzung gemeinsam vereinbarter Ziele verweigert worden wären. In dieser äußerst schwierigen Lage muss die Bundesregierung nun versuchen, Lösungsvorschläge zu finden, die auch für die Partner in Subsahara-Afrika akzeptabel sind. Denn auch in Europa sind die Erwartungen der Menschen an ihre Politiker hoch, wenn es darum geht, Sicherheit und Wohlstand zu wahren oder gar zu mehren.

Vor ihrer Reise hatte die Bundeskanzlerin folgerichtig bessere Bedingungen für private Investitionen angemahnt. "Allein mit staatlichen Unterstützungen wird man die Entwicklung eines ganzen Kontinents nicht voranbringen können", sagte Merkel in ihrer wöchentlichen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Regionalprogramm
Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

Videobotschaft. In der deutschen Präsidentschaft der 20 großen Industrie- und Schwellenländer (G-20) im nächsten Jahr solle Afrika eine wichtige Rolle spielen. Der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller forderte, die Hilfen für den afrikanischen Kontinent deutlich auszubauen. "Der Migrationsdruck wird in den nächsten Jahren dramatisch zunehmen, wenn wir es nicht schaffen, wirtschaftliche Perspektiven in den afrikanischen Ländern zu schaffen", sagte er in einem Interview. "Es muss uns klar sein, dass Afrika unser Partnerkontinent ist - was dort geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf Europa." Auch er verwies darauf, dass sich die Bevölkerung Afrikas in den kommenden 30 Jahren auf mehr als zwei Milliarden Menschen verdoppeln werde. Deshalb seien mehr Hilfe und Investitionen privater Unternehmen nötig, um Hunderte Millionen Jobs zu schaffen. Deutschland wolle etwa mit Innovationszentren im Bereich Ernährung, Ausbildungspartnerschaften sowie dem Ausbau der Solarenergie helfen.⁹

Bei allem Bedarf und den entsprechenden Chancen kann jedoch nicht übersehen werden, dass vielfältige Hindernisse für private Investitionen bestehen; der bei weitem größte ist der Mangel an institutionellen Reformen in den afrikanischen Ländern. Dies gilt vor allem für eine sogenannte „Enabling Legislation“, d.h. die Schaffung geeigneter und ausreichender gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie die Errichtung seriöser und politikunabhängiger Regulierungsbehörden bzw. -agenturen.¹⁰ Die politischen und strukturellen Probleme sind Hauptursache dafür, dass die afrikanischen Eliten selbst einen Großteil ihres Kapitals nicht im eigenen Land investieren. Man schätzt, dass etwa 40 Prozent ihrer Mittel als Fluchtkapital in den sicheren Häfen außerhalb des afrikanischen Kontinents landen. Umgekehrt sind freilich Kapitalflucht, Korruption und Misswirtschaft dieser Eliten für die politischen und strukturellen Probleme vieler afrikanischer Länder mitverantwortlich.

Schlüssige Strategien entwickeln

Sollen die nun verhandelten Maßnahmen langfristig erfolgreich sein, sollte auch die Bundesrepublik ihre eigene Afrika-Strategie überdenken beziehungsweise eine solche, angepasst an die künftigen Herausforderungen, erst einmal weiterentwickeln. Dazu gehört die klare Definition eigener – auch wirtschaftlicher – Interessen genauso, wie die Konditionierung möglicher Hilfen und die Koordinierung mit anderen Geberstaaten und internationaler Organisationen wie EU und Vereinte Nationen, zu deren großen Nettozahlern Deutschland ja gehört.

Sich in der Umsetzung auf die Suche nach Partnern auf Regierungsebene zu begeben ist ein richtiger Schritt. Die Aushandlung von Migrationspartnerschaften in Brennpunktländern ist vielleicht nicht die Ideallösung, zeigt aber, dass die Problematik erkannt ist und man sich um gemeinsame Lösungen bemüht. Von zentraler Bedeutung aus sicherheitspolitischer Sicht wäre eine nachhaltige Unterstützung afrikanischer Länder bei der Reform des Sicherheitssektors – juristisch, aber auch materiell und in Ausbildungsfragen. Hier hat die Bundeskanzlerin während ihrer Reise bereits feste Zusagen gemacht.

So soll die nigrische Armee mit Transportkapazitäten und Kommunikationsausrüstung unterstützt werden – im Gesamtwert von zehn Millionen Euro. Angesichts der Größe des Landes und des Zustandes des militärischen Transportwesens im Land eine lohnende Maßnahme. Flankierend dazu sollen mit deutscher Hilfe berufliche Perspektiven für diejenigen geschaffen werden, die derzeit vom Menschenschmuggel leben. Ob dieses an sich noble Anliegen

⁹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/gerd-mueller-empfiehl-angela-merkel-aktivere-fluechtlingspolitik-a-1115549.html>

¹⁰ <http://www.exportmanager-online.de/2016/afrika-ein-premiumziel-fuer-private-investitionen/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Regionalprogramm
Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika (SIPODI)

TINKO WEIBEZAHL

Oktober 2016

www.kas.de/sipodi

gen erfolgreich sein wird, hängt wiederum vom politischen Willen der Regierenden vor Ort ab, die sich Korruption und der Bereicherung lokaler Eliten am Flüchtlingsgeschäft konsequenter entgegenstellen müssen.

Von zentraler Bedeutung wird die Stärkung der Afrikanischen Union sein. Hier hat Deutschland im vergangenen Jahrzehnt bereits massive Hilfestellung geleistet. Zwischen 2004 und 2016 flossen mehr als 500 Millionen Euro aus Deutschland nach Addis Abeba. Geld allein reicht freilich nicht aus, um die AU zu einer effektiveren Struktur und zu einem respektierten Machtfaktor zu machen. Unter anderem erschwert das Kompetenzgerangel zwischen der AU und den regionalen Wirtschaftsorganisationen wie der westafrikanischen ECOWAS oder der ostafrikanischen Gemeinschaft EAC eine effiziente Arbeitsweise. Angela Merkel sieht die Afrikanische Union zu Recht in der Rolle, die Konflikte und Sicherheitsprobleme Afrikas zu lösen. Ihre Einschätzung der Situation, dass die AU "zunehmend die Dinge in die Hand" [nehme] und dafür Sorge, dass Konflikte gelöst werden könnten – auch mit eigenen Truppen, mit eigenen Friedens- und Vermittlungsbemühungen " ist dennoch sehr optimistisch formuliert. Nicht nur ist die AU allein durch die Vielzahl der Unruheherde auf dem Kontinent heillos überfordert – problematisch ist auch, dass die Integrations- und Entwicklungsmaßnahmen für Afrika ausschließlich von ausländischen Geldern abhängen. Änderung ist hier nicht in Sicht, viel eher verhindert die mangelhafte Zahlungsmoral vieler Mitgliedsstaaten die Eigenverantwortlichkeit der Afrikanischen Union. Der Weg ist also noch lang und optimistische Beurteilungen sind hier wohl eher diplomatischem Feingefühl geschuldet.

Wenn es aber – bei der AU, im Sicherheitssektor, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Infrastruktur und auch bei der Bevölkerungsentwicklung vor allem um Geld geht, wäre die erste und vordringlichste Aufgabe, Rechtssicherheit und Garantien für mögliche Investoren zu schaffen.

Solange Unternehmen schutzlos politischer Willkür, Korruption und dem Bereicherungsstreben afrikanischer Eliten ausgesetzt sind, wird sich an der niedrigen Investitionsquote nicht viel ändern. Das hat mit „Weltoffenheit Richtung Afrika“, die die Bundeskanzlerin jüngst von deutschen Unternehmen einforderte, nicht viel zu tun – eher mit kaufmännischer Vernunft und einer realistischen Risikoabwägung.

Womit die Kanzlerin absolut richtig liegt, ist die Aussage, dass das Wohl Afrikas im deutschen Interesse liegt. So ähnlich haben sich in der Vergangenheit zwar schon viele Politiker geäußert – zur Chefsache ist Afrika bisher aber nicht geworden. Sollte sich jetzt daran etwas ändern, so wäre dies – wie eingangs erwähnt - ein richtiger Schritt, wenn auch nur ein erster.